

**Wieder eine
Jahrhundertreform**

Stolz sei er auf seine Reform, sagte Justizminister Félix Braz, als gestern die Scheidungsreform mit Familienrichter und gemeinsamem Sorgerecht verabschiedet wurde. Dennoch schlugen sich schlussendlich nur die Linken auf die Seite der Regierung: „Wir unterstützen das Gesetz, weil es ausgerichtet ist auf Befriedung und gut für die Kinder“, sagte Marc Baum. „Jede Zeile, die heute abgestimmt wird, ist vom Staatsrat für gut befunden worden“, hielt Braz der CSV entgegen, die dem Gesetz vorwarf, es sei juristisch nicht wasserfest, verstoße gar gegen die Verfassung. Denn durch das Abschaffen des Schuldprinzips hätten nun auch die Partner, die Ehebruch begangen haben, ein Anrecht auf die Hälfte der Gemeinschaftsgüter, also auch Schenkungen von Eltern beispielsweise. „Es kommt zu einer Ungleichbehandlung von jetzigen Ehepaaren, die sich nun nicht mehr absichern können und künftigen Ehepaaren, die eine Gütertrennung vereinbaren können“, sagte Gilles Roth (CSV). Er plädierte für eine Übergangslösung und überhaupt sollte das Verschulden nicht abgeschafft werden. Sein Parteikollege Laurent Mosar ging noch weiter. Dass Kinder künftig Partei werden können und den Familienrichter selber befassen können, verleitete ihn zur Aussage: „Kinder werden zum Spielball der Eltern und zum Versuchskaninchen einer verblendeten grünen Ideologie. Wenn wir in die Regierung kommen, wird das Gesetz kein Jahr überleben.“ Eine von der grünen Berichterstatterin Sam Tanson eingebrachte Motion verpflichtet nun zu einer qualitativen Evaluation in drei Jahren. *wel*

**Déi Lénk präsentieren
Kandidaten im Zentrum**



Déi Lénk ziehen im Zentrum mit vier Spitzenkandidaten – zwei Männer und zwei Frauen – in den Wahlkampf für die Landeswahlen im kommenden Oktober: der Abgeordnete David Wagner (39), der Jurist Michel Erpelding (34), die Politologin Nathalie Oberweis (35) und die Sozialpädagogin Ana Correia Da Veiga (35). Die weiteren Kandidaten sind Beatriz Carriho (62), Hesperingen; José Luis Correia (45), Luxemburg; Joël Delvaux (45), Luxemburg; Jean-Paul Faber (74), Strassen; Guy Foetz (66), Luxemburg; Alessandra Galli (53), Luxemburg; Sandrine Gashonga (40), Luxemburg; Jeff Ries (50), Schüttringen; Claude Schiltz (42), Nommern; Jeanne Schosseler (62), Luxemburg; Claude Simon (57), Luxemburg; Tania Soubry (35), Schoenfels; Isabella Tessaro (59), Luxemburg; Mark Theis (64), Luxemburg; José Thillmany (63), Strassen; Concetta Valvason (52), Hesperingen; Sebastian Weier (34), Luxemburg. Der Altersdurchschnitt liegt bei 48,5 Jahren. *mig*

Klimawandel vor der Haustür

Anpassungsstrategie soll Antworten auf den Umgang mit Starkregenfällen liefern

VON MARC SCHLAMMES

Blau-Rot-Grün kann einen weiteren Punkt aus dem Regierungsprogramm abhaken: Die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel liegt vor. Die jüngsten Unwetterereignisse offenbaren allemal, dass Handlungsbedarf besteht, insbesondere im Wassermanagement.

Zahlen lügen nicht: Zwischen 1961 betrug die Durchschnittstemperatur hierzulande 8,3 Grad Celsius; zwischen 1981 und 2010 stieg die durchschnittliche Temperatur um ein Grad Celsius. Damit einher geht eine Zunahme der Sommertage und der tropischen Nächte.

Ist diese Auswirkung des Klimawandels nicht zu unterschätzen – bis zum Ende des Jahrhunderts wird ein Mittelwert von 11,2 Grad Celsius anhand der Klimamodelle vorhergesagt –, fällt die Auswirkung auf die Niederschlagsmengen bescheidener aus. Dennoch ist es dieser Tage in erster Linie der Regen, der Probleme bereitet und in manchen Teilen Luxemburgs erheblichen materiellen Schaden angerichtet hat und viele Menschen verzweifelt und vor den Ruinen ihrer Existenz zurücklässt.

Die nationale Strategie zur Anpassung, die Umweltministerin Carole Dieschbourg gestern vorstellte, soll Antworten auf die Zunahme von Wetterextremen geben. Auf der UN-Klimakonferenz von Paris hatten sich die Staaten im Dezember 2015 darauf verständigt, entsprechende Strategien zu entwickeln.

Wer damals geglaubt habe, dass die Anpassung an den Klimawandel nur Drittwellenstaaten oder weit entfernte Inselstaaten etwas angehe, der müsse sich nun vergegenwärtigen, dass Luxemburg keine Klimainsel sei, gab die Ministerin zu bedenken und wies darauf hin, dass das Land zwischen Mai 2016 und Juni 2018 mit neuen Starkregenereignissen konfrontiert gewesen sei.



Ernzal, Juli 2016: die zerstörte Brücke in Höhe der „Hessemillen“ als Beispiel für die Folgen von Wetterextremen. (FOTO: ARMAND WAGNER)

Während das nationale Anpassungsmodell auch Auswirkungen wie die Veränderung der Artenzusammensetzung, das Auftreten von neuen Krankheitserregern – Beispiel Eichenprozessionsspinner –, die Zunahme von Trockenperioden und die Beeinträchtigung der Vegetationsfolgen und -fruchtbarkeit beinhaltet, legte die Umweltministerin aus aktuellem Anlass ein besonderes Augenmerk auf das Wassermanagement als eines von 13 Handlungsfeldern. Anhand einer Matrix, die einerseits erwartete Veränderungen durch

den Klimawandel bis zur Jahrhundertmitte enthält, und andererseits die Relevanz der Veränderungen für Luxemburg thematisiert, soll der Handlungsbedarf beziehungsweise die Dringlichkeit des Handelns definiert werden. Demzufolge sollen die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, die Zunahme von lokalen Starkniederschlägen und Trockenperioden sowie die Zunahme von Schäden durch Extremereignisse prioritär behandelt werden.

Das überarbeitete Wasserrahmengesetz erachtet Carole

Dieschbourg als ein nützliches Instrument, um den Worten Taten folgen zu lassen. Allein die Anhebung der staatlichen Zuschüsse bei Renaturierungen von Flüssen und Bächen, bei Investitionen in das Regenwassernetz oder bei Maßnahmen gegen Überschwemmungen sollten die lokalen und kommunalen Akteure nach Meinung der Ministerin überzeugen, sich einer nachhaltigen Wasserwirtschaftspolitik zu widmen.

Ein besonders sensibler Bereich ist die Bebauungspolitik. Um Nachhilfe zu geben, hat das Umweltministerium einen „Leitfaden für Bauvorhaben innerhalb von Überschwemmungsgebieten“ erstellt. Hauptziel sei es, so die Ministerin, Schäden zu reduzieren. Dies kann geschehen durch eine hochwasserangepasste Bauweise oder indem man eine Verschlechterung der bestehenden Hochwassersituation vermeidet oder über die Erlangung der wasserrechtlichen Genehmigung, gegebenenfalls unter Auflagen.

Weitreichendere Erkenntnisse im Umgang mit den Regenextremen erwartet man sich im Umweltministerium darüber hinaus von der Starkregengefahrenkarte, die Mitte 2019 vorliegen soll, und von der wissenschaftlichen Analyse der rezenten Hochwasser, die das LIST und das Wasserwirtschaftsamt bis August ausarbeiten wollen.

Die 13 Handlungsfelder

- Bauen und Wohnen
- Energie
- Forstwirtschaft
- Infrastruktur
- Katastrophenmanagement
- Landesplanung
- Landwirtschaft
- Gesundheit
- Ökosysteme und Biodiversität
- Tourismus
- urbane Räume
- Wasserwirtschaft
- Wirtschaft

„Angebot und Nachfrage besser zusammenführen“

Handelskammer, Arbeitsministerium und ADEM ziehen erste Bilanz des Partenariat pour l'emploi

Die Wirtschaft brummt. Mehr als 10 000 neue Arbeitsplätze entstehen jedes Jahr. Trotz dieser guten konjunkturellen Daten bleibt die Arbeitslosenquote auf einem relativ hohen Niveau. Den Grund hierfür sehen Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, und Isabelle Schlessler, Direktorin der ADEM, im „Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt“. Die Arbeitslosen würden oft nicht dem gesuchten Profil entsprechen.

Um diese Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu schließen, haben sich Handelskammer, Arbeitsministerium und ADEM bereits 2014 zusammengetan und ein „Partenariat pour l'emploi“ ins Leben gerufen. Das Ziel: mit Hilfe maßgeschneiderter Weiterbildungsangebote Arbeitslosen eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bieten. Schließlich seien die Zeiten vorbei, in denen man während

seiner gesamten beruflichen Laufbahn den gleichen Job ausübe, so Thelen. „Neue Berufsbilder entstehen, während alte verschwinden.“ Der Arbeitsmarkt werde sich „immer schneller wandeln“. Deswegen seien „Weiterbildungen das A und O“ zur langfristigen Reduzierung der Arbeitslosenquote.

Nach vier Jahren Zusammenarbeit zogen Thelen und Schlessler gestern eine erste Bilanz, die nach Ansicht der Beteiligten positiv ausfällt. Durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen sei es gelungen, „Angebot und Nachfrage bes-

ser zusammenzuführen“. Dabei handele es sich nicht um eine „einmalige, sondern eine dauerhafte Zusammenarbeit“, so Schlessler.

Gemeinsame Projekte

Als Paradebeispiel führten beide das Projekt „Fit4Entrepreneurship“ an. Seit 2015 haben 206 Arbeitsuchende teilgenommen, von denen 67 später ein eigenes Unternehmen auf die Beine gestellt haben. Weitere 15 neue Betriebe befinden sich in der Entstehungsphase. Außerdem haben 58 Arbeitslose im Anschluss an die Weiterbildung einen festen Arbeitsplatz gefunden.

Das Projekt „Fit4JobStart“ richtet sich an Arbeitslose unter 30 Jahren, die Probleme haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, weil sie zwar über „eine generelle Ausbildung verfügen, aber kein konkretes Ziel haben“, so Schlessler. Hier gehe es darum, „die in-

dividuellen Talente zu entdecken und zu fördern“. 2017 nahmen 29 Arbeitslose am Projekt teil, von denen mittlerweile fast 75 Prozent eine Arbeit gefunden haben.

Arbeitsuchende über 30, die sich beruflich neu orientieren wollen, können am Programm „SkillYouUp“ teilnehmen. Problematisch sei in diesem Fall weniger die mangelnde Kompetenz der Arbeitslosen, als vielmehr, dass „ihre Profile nicht mehr gefragt werden“, so Schlessler.

Das Pilotprojekt „Luxembourg Digital Skills Bridge“ ist eher präventiv ausgerichtet. Es richtet sich an Personen, die Gefahr laufen, im Zuge der rasanten Veränderungen am Arbeitsplatz ihre Stelle zu verlieren. Indem die Arbeitnehmer fit gemacht werden für die Anforderungen der Digitalisierung, soll der Gang in die Arbeitslosigkeit bereits im Vorfeld vermieden werden. *stb*

„Neue Berufsbilder entstehen, alte verschwinden.“

Carlo Thelen